

Umweltschutz lohnt sich für öffentliche Verwaltungen

- Strategien und Beispiele für ökonomische Anreize -

Vorwort

Der Staat kann von seinen Bürgerinnen und Bürgern nur dann glaubhaft fordern, die Umwelt zu schützen und die natürlichen Ressourcen zu schonen, wenn die öffentliche Hand mit gutem Beispiel vorangeht. Bund, Länder und Gemeinden haben in ihrem Bereich viele Möglichkeiten, Umweltbelastungen zu verringern oder zu vermeiden. Diese müssen sie ausschöpfen. Die Potenziale sind beträchtlich – beim Energieverbrauch betragen sie beispielsweise bis zu 60 Prozent. Umweltschutz entlastet zudem die strapazierten öffentlichen Kassen. Jeder Euro Steuergeld, der gespart wird, kann an anderer Stelle investiert oder für Steuersenkungen verwendet werden.

Wie können die Rationalisierungsmöglichkeiten, die der Umweltschutz bietet, in der Verwaltungspraxis von Bund, Ländern und Gemeinden noch besser als bisher genutzt werden? Die EG-Umweltaudit-Verordnung (EMAS) und das Handbuch „Umweltcontrolling für die öffentliche Hand“ geben wichtige Handlungsempfehlungen, wie die öffentliche Verwaltung stärker auf Umweltkurs gebracht werden kann. Bundesumweltministerium und Umweltbundesamt sind gemeinsam der Auffassung, dass ein Umweltmanagementsystem nach EMAS erhebliche Einsparmöglichkeiten erschließt. Das Umweltbundesamt hat daher als erste Bundesbehörde EMAS umgesetzt. Und im Rahmen des BMU/UBA-Pilotprojekts „EMAS in Bundesbehörden“ wird auch das Bundesumweltministerium EMAS einführen.

Eine immer größere Rolle auf dem Weg zu mehr Umweltschutz in der öffentlichen Verwaltung spielen ökonomische Anreize - nicht zuletzt als Folge der Verwaltungsmodernisierung. Denn die Nutzung betriebswirtschaftlicher Instrumente und Managementtechniken schafft neue Möglichkeiten, umweltschonendes Verhalten zu belohnen. Die Broschüre zeigt in systematischer Weise, wie und in welchem Umfang sich Einsparpotenziale durch die Nutzung ökonomischer Anreize erschließen lassen. Sie gibt einen Überblick über ökonomische Anreizmodelle und präsentiert Erfolgsbeispiele aus der Verwaltungspraxis sowie der Privatwirtschaft. Die Broschüre richtet sich an Verwaltungsspitzen und Amtsleitungen, aber auch an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Wir freuen uns, wenn die Beispiele zum Nachahmen oder Bessermachen anregen.

Grundlage dieser Broschüre ist ein Forschungsprojekt, das vom Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie und dem Institut für Verwaltungswissenschaften, Gelsenkirchen, im Auftrag des Umweltbundesamtes erarbeitet wurde. Der Bericht zum Projekt erscheint in der Reihe Texte des Umweltbundesamtes und kann zur Vertiefung des Themas genutzt werden.

Mit dem Forschungsprojekt und der Broschüre kommt die Bundesregierung einer Aufforderung des Deutschen Bundestags vom 6. April 2000 nach zu prüfen, „*wie im Rahmen der Flexibilisierung der Haushaltsführung und innerhalb der vorhandenen Personalkapazitäten ökonomische Anreize zu mehr Umweltschutz in den Bundesbehörden geschaffen werden können*“. Die jetzt vorliegenden Ergebnisse werden nicht nur für die Bundesbehörden von Nutzen sein, sondern für alle Ebenen der öffentlichen Verwaltung. Denn sie zeigen, wie der Staat auf dem Weg zu einer nachhaltigen Entwicklung vorangehen kann.